

# Stabile Baukonjunktur in Südbaden

Umfrage: Unternehmen zuversichtlich für 2016 / Verband fordert von Politik bessere Rahmenbedingungen

Von Jürgen Volz

**Baden-Baden – Die Baukonjunktur in Südbaden ist nach einem erfreulichen Jahr 2015 auch im ersten Quartal sehr robust. Dabei spielt der Wirtschaftsbau die Rolle der Konjunkturlokomotive, während sich der Wohnungsbau sowie der öffentliche Hochbau deutlich schwächer entwickeln. Im Vorfeld der Landtagswahl hat der zuständige Verband der Bauwirtschaft einige Forderungen an die Politik erhoben, wie etwa den Bürokratieabbau oder die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung.**

Beim jährlichen „Baugespräch“ des Verbands und seiner Mitgliedsunternehmen mit örtlichen Parlamentariern gestern in Baden-Baden wurde deutlich, dass die Branche mit allzu großen bürokratischen Hindernissen zu kämpfen hat – angefangen bei der Einreichung eines Bauantrags bis hin zu Dokumentationspflichten beim Mindestlohn oder dem Arbeitsschutz. Den Landtagskandidaten Beate Böhlen (Grüne), Ernst Kopp und Werner Henn (beide SPD), Tobias Wald und Sylvia M. Felder (beide CDU) sowie Irene Ritter (FDP) wurde diesbezüglich ein klarer Arbeitsauftrag mit auf den Weg gegeben.

Ungeachtet dessen wird die



**Nachholbedarf: Bis zu 60 000 Wohnungen pro Jahr fehlen in Baden-Württemberg. Und der Flüchtlingszuzug verschärft die Situation.**

Foto: dpa

südbadische Bauwirtschaft momentan von einer positiven Grundstimmung getragen. In einer aktuellen Erhebung des Verbands bezeichnen die Unternehmen im Bereich Wirtschaftsbau ihre Geschäftslage nahezu einhellig als gut oder befriedigend. Etwas schwächer schneidet der Wohnungsbau ab, während beim öffentlichen Hochbau nahezu jeder dritte Betrieb unzufrieden ist. Hier

seit nach wie vor eine Zurückhaltung der Kommunen bei Neubauprojekten festzustellen, so der Verband. Besser ist die Situation dagegen beim Straßen- und Tiefbau.

Trotz der insgesamt günstigen Lage sehen sich viele Bauunternehmen mit harten Wettbewerbsbedingungen am Markt konfrontiert. Insbesondere die Konkurrenz aus dem Ausland mit ihren Dumpingpreisen und

-löhnen macht der heimischen Branche zu schaffen. Aus Unternehmerkreisen wurde beim gestrigen Treffen der Wunsch an die Parlamentarier herangebracht, politisch für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Darüber hinaus klagen nahezu 40 Prozent der Betriebe über eine säumige Zahlung ihrer Auftraggeber und schließen dabei selbst die öffentliche Hand nicht aus.

Mit Blick auf die weiteren Aussichten für das laufende Jahr ist die Mehrzahl der Betriebe vorsichtig optimistisch. Lediglich sechs Prozent der Unternehmen rechnen mit schlechteren Geschäften. Größter Unsicherheitsfaktor ist aber nicht die künftige Auftragslage, sondern der fortschreitende Nachwuchs- und Fachkräftemangel am Bau. Neun von zehn Betrieben haben dieses Problem bereits. Während deren Bereitschaft zur Ausbildung so hoch ist wie noch nie, bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Die Zahl der Auszubildenden in der Baubranche ist seit geraumer Zeit rückläufig. Im Ausbildungsjahr 2015/16 sank sie erneut um 1,7 Prozent auf 1 454 Jugendliche.

Seitens des Verbands formulierte beim gestrigen Treffen die Leiterin der Geschäftsstelle Freiburg, Cornelia Rupp-Hafner, Forderungen an die Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Bauen. Dazu zählt die Stärkung der Investitionen in den Wohnungsbau, angesichts von bis zu 60 000 fehlenden Wohnungen pro Jahr allein in Baden-Württemberg und weiteren 40 000, die als Bedarf durch den Flüchtlingszuzug entstünden. Auch die bedarfsgerechte Ausweitung der Investitionen in die Infrastruktur ist dem Verband wichtig. Er hat hier insbesondere die Verkehrsinfrastruktur im Blick.